

**Beschluss des Ausländerbeirates
vom 24.11.2003****Beilage 3.2**

-öffentlich-
-einstimmig-

**Drohende Einstellung der Ausländersozialarbeit bei der Stadtmission Nürnberg
(Griechenberatung)**

Der Ausländerbeirat erbittet einen Bericht über das Konzept der Beratungsstellen für Migranten in Nürnberg in der Kommission für Integration.

Das Sozialreferat soll zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden ein Konzept der längerfristigen Sicherung der Migrationssozialarbeit in Nürnberg erarbeiten. Neue Zuwanderergruppen sollen in diese Überlegungen einbezogen werden.

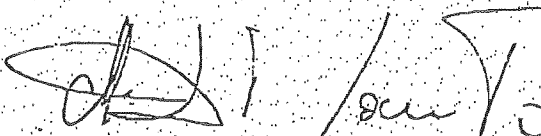
Der Ausländerbeirat begrüßt es, dass sich Herr Oberbürgermeister Dr. Maly an den Landesbischof der Evangelischen Kirche Bayerns bezüglich der geplanten Kürzung der landeskirchlichen Mittel der Ausländersozialdienste (Griechenberatung) gewandt hat.

Begründung:

Es ist vorgesehen, dass die Mitglieder der Landessynode der Evangelischen Kirche Bayerns ca. 75 % der Mittel für die Ausländersozialarbeit (354.000 €) bis zum Jahre 2006 kürzen werden. Damit fallen auch staatliche Zuschüsse in Höhe von 471.000 € weg. Schon im Jahre 2002 gab es den Versuch des Sozialreferats der Stadt Nürnberg, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden zu diskutieren, um eine zukunftsfähige Gesamtlösung für die Nürnberger Migrationssozialarbeit zu finden und Synergieeffekte zu erreichen. Inzwischen wurde bei Caritas (Katholische Kirche) die muttersprachliche Beratung für Spanier und Portugiesen (für Nordbayern) gänzlich eingestellt. Wenn nun auch die Beratung für Griechen, die innerhalb der ausländischen Wohnbevölkerung mit über 10.000 Menschen in Nürnberg die zweitgrößte Gruppe ist, wegfällt, braucht man über neue muttersprachliche Beratungskonzepte nicht mehr viel diskutieren. Solange das Ziel der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung noch nicht erreicht ist und insbesondere keine muttersprachlichen Fachkräfte eingestellt sind, ist muttersprachliche Beratung noch nötig. Gerade die Altersstruktur der Griechen weist darauf hin, dass nun die 1. Generation der Arbeitsmigranten, die oft nur geringe Deutschkenntnisse hat, ins Seniorenalter kommt. In dieser Bevölkerungsschicht ist der Beratungsbedarf besonders hoch. Aber auch die berufsorientierte Jugendarbeit sollte fortgesetzt werden. Eine Einstellung der Griechenberatung würde zu einer großen Versorgungslücke in Nürnberg führen. Auch im Hinblick auf das städtische Integrationskonzept, das gerade erarbeitet wird, wäre eine vorzeitige Schließung der Griechenberatung kontraproduktiv. Der Beratungsbedarf ist in der ausländischen Bevölkerung Nürnbergs in den letzten Jahren eher angestiegen als gesunken. Neue konzeptionelle Überlegungen wären durchaus angebracht, z.B. die Einbeziehung neuer Zuwanderungsgruppen in das neu zu konzipierende Beratungsangebot, aber nicht die Schließung von Beratungsstellen.

Nürnberg, 24.11.2003

Der Vorsitzende:


Mario Di Santo

Die Protokollführerin:


Ulla Holthaus

Beschluss des Ausländerbeirates vom 17.02.2004

- öffentlich -

- einstimmig -

Geplante Kürzungen der Fördermittel für die Ausländersozialarbeit und die Flüchtlingsbetreuung durch das Land Bayern

Der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg ist bestürzt über die geplanten Kürzungen der Fördermittel für die Ausländersozialarbeit und Flüchtlingsbetreuung in diesem Jahr um 65 % bzw. 50 % durch das Land Bayern sowie die angekündigte Streichung der Fördermittel für die Ausländersozialarbeit im kommenden Jahr. Dies führt zwangsweise zu einer weiteren Verschlechterung und teilweisen Aufgabe der sozialen Betreuung des Personenkreises und zu Desintegration. Daher appelliert der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg eindringlich an die Bayerische Staatsregierung und an den Bayerischen Landtag, von den geplanten Kürzungen in dieser radikalen Form Abstand zu nehmen.

Das Sozialreferat der Stadt Nürnberg wird gebeten, zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden – soweit möglich – ein Konzept zur Rettung der Migrationssozialarbeit und Flüchtlingsbetreuung in Nürnberg zu erarbeiten bzw. die Folgen aufzuzeigen, die ein Wegbrechen dieser Arbeit zur Folge hätte.

Der Bericht des Sozialreferats soll dem Ausländerbeirat und der Kommission für Integration zeitnah vorgelegt werden.

Begründung:

Der Ausländerbeirat verfolgt mit Sorge die Ankündigungen der Sparvorschläge, die radikale Auswirkungen auf die Finanzierung der Flüchtlingsbetreuung, der Migrationssozialdienste und für die Nürnberger Initiative „DEGRIN – Ausländer und Deutsche gemeinsam e.V.“ haben werden. Damit werden die Integrationsbemühungen dieser Einrichtungen abgewertet. Viele Kinder und Jugendliche (z.B. bei der Hausaufgabenbetreuung von DEGRIN) und Erwachsene werden im Integrationsprozess alleine gelassen. Im Folgenden verweisen wir auf die Stellungnahme der AGABY und des Ausländerbeirates der Stadt München:

„Auch wenn die Ausländerbeiräte die Notwendigkeit der Einsparungen nachvollziehen können, so muss aber davor gewarnt werden, dass weitere Kürzungen im Bereich Migrationssozialarbeit und integrationsfördernder Maßnahmen wegen der bereits erfolgten Einsparungen diese in ihrer Existenz stark bedrohen werden. Besonders deutlich wird dies dort, wo Kürzungen von Landesmitteln den Verlust von weiteren Finanzierungen (z. B. durch den Bund oder den Europäischen Sozialfonds) zur Folge haben werden. Die Entwicklung im Land Baden-Württemberg, wo der Ausstieg des Landes aus der Finanzierung der Migrationssozialdienste zu deren totaler Schließung führte, ist ein mahnendes Beispiel.

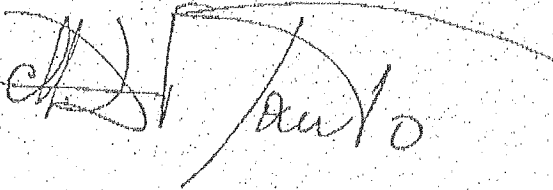
Nach unserer Auffassung kann das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, eine Nettoneuverschuldung Null im Jahr 2006 zu erzielen, nicht dazu führen, das Ende der Integrationsförderung in Bayern einzuleiten. Schließlich hat auch

Ministerpräsident Stoiber in seiner Regierungserklärung die Bedeutung der Integration hervorgehoben und unterstrichen. (...)

Wir geben zu bedenken, dass die Kosten, die durch die Nicht-Integration der Migrant/innen – lang- und mittelfristig gesehen – entstehen, bei weitem höher sind, als die Kosten für umfassende Integrationsmaßnahmen."

Nürnberg, 17.02.2004

Der Vorsitzende



Mario Di Santo

Die Protokollführerin



Ulla Holthaus

Tabelle Migrationssozialdienste

Spezielle Gruppenberatung in der Muttersprache								
Angebot Träger	Beratung generell für Migranten	Beratung Spätaussiedler Kontingent- Flüchtlinge Asylbewerber	Kroaten Bosnier Serben Portugiesen	Russisch- sprachige	Türken	Griechen	Spanier Italiener	Beratungs- Schwerpunkte
AWO	X	X	X	X	X			Alle Migranten. Familien, Jugendliche Berufliche Eingliederung
Caritas	X	X	X	X			X	Psychosoziale Beratung speziell Frauen
Stadtmission	X	X				X		Aidsberatung Psychosoziale Beratung Vernetzungstätigkeit
BRK	X	X						Rückkehrhilfen